

# RS Vwgh 1992/6/17 91/01/0201

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 17.06.1992

## Index

10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)  
10/07 Verwaltungsgerichtshof  
10/10 Auskunftspflicht  
40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

AuskunftspflichtG 1987 §1 Abs1;  
AuskunftspflichtG 1987 §4;  
AVG §58 Abs2;  
AVG §60;  
B-VG Art20 Abs3;  
VwGG §42 Abs2 Z3 litc;

## Rechtssatz

Um dem Zweck der Amtsverschwiegenheit zu entsprechen, dürfen die Anforderungen an die Begründung eines Bescheides gem § 4 AuskunftspflichtG nicht überspannt werden. Insbesondere erfordert es eine gesetzmäßige Bescheidbegründung weder daß der nach Auffassung der um Auskunft ersuchten Behörde von der Amtsverschwiegenheit betroffenen Sachverhalt in der Bescheidbegründung dargelegt, noch, daß er auf eine solche Art individualisiert werde, daß der geheimzuhaltende Sachverhalt aus der Bescheidbegründung mit Hilfe von dem Auskunftswerber zugänglichen Schlußfolgerungen ermittelt werden kann.

## Schlagworte

Begründungspflicht und Verfahren vor dem VwGH Begründungsmangel als wesentlicher Verfahrensmangel

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1992:1991010201.X04

## Im RIS seit

27.11.2000

## Zuletzt aktualisiert am

22.03.2018

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)